

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

14.2.2006

B6-0142/2006

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Pasqualina Napoletano, Miguel Angel Martínez Martínez, Glenys Kinnock, Marie-Arlette Carlotti, Poul Nyrup Rasmussen, Glyn Ford, Claude Moraes, Jan Marinus Wiersma, Reino Paasilinna, Proinsias De Rossa und Thijs Berman im Namen der PSE-Fraktion

im Namen der PSE-Fraktion

zu neuen Verfahren zur Entwicklungsfinanzierung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele

**B6-0142/2006**

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu neuen Verfahren zur  
Entwicklungshilfefinanzierung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die anstehende Internationale Konferenz über Innovative Quellen zur Entwicklungshilfefinanzierung am 28. Februar bis 1. März 2006 in Paris;
  - in Kenntnis der Millenniums-Entwicklungsziele,
  - unter Hinweis auf die im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 2004 von mehr als 120 Ländern unterzeichnete Erklärung von New York zu Maßnahmen gegen Hunger und Armut,
  - in Kenntnis der von 79 Regierungen unterzeichneten Erklärung zu innovativen Quellen zur Entwicklungsfinanzierung im Vorfeld der Hochrangigen UN-Veranstaltung zur Überprüfung der Millenniums-Entwicklungsziele im September 2005,
  - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Erklärung von New York zu Maßnahmen gegen Hunger und Armut den ersten internationalen Schritt zum Aufbau innovativer Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung darstellt; in der Erwägung ferner, dass in dieser Erklärung die Regierungen der Industrieländer aufgefordert werden, konkrete Verpflichtungen zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele einzugehen,
- B. in der Erwägung, dass derartige innovative Mechanismen ergänzenden Charakter haben müssen und nicht die öffentliche Entwicklungshilfe ersetzen dürfen, damit sie einen echten Mehrwert für die Entwicklungsfinanzierung darstellen; in der Erwägung ferner, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union energisch zu ihrer Verpflichtung stehen müssen, 0,7% ihres BNE für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen, und einen Zeitplan festlegen müssen, um dieses Ziel bis 2015 zu erreichen,
- C. in der Erwägung, dass Schätzungen der Weltbank zufolge jährlich mindestens 50 Milliarden Dollar zusätzlich in die öffentliche Entwicklungshilfe fließen müssen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreicht werden können,
- D. in der Erwägung, dass die mangelhafte Kontinuität und Vorhersagbarkeit der Entwicklungshilfe und der Finanzierung in den Entwicklungsländern zu den Haupthindernissen bei der Bekämpfung der Armut gehören; in der Erwägung ferner, dass eine sichere Finanzierung vor allem zur Finanzierung zentraler öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung von elementarer Bedeutung ist,
- E. in der Erwägung, dass das vom Vereinigten Königreich vorgeschlagene Internationale

Finanzierungssystem in die Wege geleitet worden ist, um Immunisierungen zu unterstützen, die Verwendung nicht ausreichend genutzter Impfstoffe in mehr als 70 Ländern zu fördern und die Systeme zur Ausgabe von Impfungen zu verbessern,

- F. in der Erwägung, dass im Rahmen der Konferenz vom 28. Februar bis 1. März 2006 in Paris versucht werden soll, Fortschritte bei der Einigung auf internationale Abgaben zu erzielen, wobei vier Abgabenarten im Mittelpunkt stehen werden: eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen, eine Abgabe auf Kapitalflüsse in Länder und aus Ländern mit nicht hinreichend transparenten Bankpraktiken, sowie eine Abgabe auf Kerosin und eine Abgabe auf Flugtickets,
1. unterstützt energisch alternative Methoden der Entwicklungsfinanzierung mit dem Schwerpunkt der Finanzierung globaler öffentlicher Güter im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele;
  2. besteht darauf, dass alternative Verfahren der Entwicklungsfinanzierung neue zusätzliche Mittel für die Entwicklung bereitstellen müssen und nicht die öffentliche Entwicklungshilfe ersetzen dürfen;
  3. unterstützt die von den Regierungen von Algerien, Brasilien, Chile, Frankreich, Deutschland und Spanien am 20. Juni 2005 abgegebene Erklärung von Berlin, in der darauf hingewiesen wird, dass ein internationaler Konsens zu einer Reihe neuer Instrumente zur Finanzierung des Kampfes gegen Hunger und Armut gefunden werden muss;
  4. begrüßt die Idee eines Pilotprojektes für ein internationales Besteuerungssystem auf Flugtickets zur Finanzierung des Kampfes gegen HIV/AIDS und andere Pandemien und im Hinblick auf die Erreichung aller Millenniums-Entwicklungsziele; begrüßt ebenfalls die Aussicht, dass die Entwicklungsfinanzierung stabiler und vorhersagbarer gestaltet werden soll;
  5. fordert die Kommission auf, die Umsetzung und rasche Anwendung dieser Initiative durch alle Mitgliedstaaten der Union zu erleichtern mit dem Ziel, die Flugticket-Abgabe zu einem Präzedenzfall für die Einführung einer echten europäischen Abgabe mit Versuchscharakter zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele werden zu lassen, und sich aktiv in zwischenstaatliche Foren und Verhandlungen über internationale Abgaben einzubringen, um auch nichteuropäische Staaten einzubeziehen; betont, dass dieser Mechanismus sorgfältig beobachtet werden muss, um sicherzustellen, dass eine solche Abgabe keine negativen Auswirkungen auf die freiwilligen Beiträge der Bürger hat;
  6. fordert alle Staats- und Regierungschefs auf, diese Initiative zu unterstützen und sich der Erklärung zu innovativen Quellen für die Entwicklungsfinanzierung anzuschließen und sich zur Einführung dieses Pilotmechanismus im Jahre 2006 zu verpflichten; ist der Überzeugung, dass es sich hierbei um einen wesentlichen Schritt zur Legitimierung ehrgeizigerer Abgabenmechanismen mit weltweitem Geltungsbereich handelt;

7. begrüßt die Beteiligung des Vereinigten Königreiches, von Frankreich, Italien, Spanien und Schweden, die zusammen über 4 Milliarden Dollar für das Internationale Finanzsystem für Immunisierung bereitgestellt haben, einen Betrag, der zur Unterstützung und zum Ausbau der Arbeit der weltweiten Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) eingesetzt werden soll; fordert die übrigen Mitgliedstaaten der Union nachdrücklich auf, ihren Beitrag zum Internationalen Finanzsystem für Immunisierung zu leisten; betont jedoch, dass alle Gelder, die von diesem oder künftigen vergleichbaren Systemen gesammelt werden, nicht als öffentliche Entwicklungshilfe gewertet werden dürfen, sondern zu den von den beteiligten Regierungen bereits gemachten Zusagen hinzukommen müssen;
8. fordert die Organe und die Regierungen der Europäischen Union auf, die politische Diskussion über die Machbarkeit und Sinnhaftigkeit anderer Formen der Beschaffung zusätzlicher Mittel für Entwicklungshilfe, etwa in Form von Abgaben beispielsweise auf Finanztransaktionen, Treibhausgas-Emissionen, Seeverkehr und Anleihe-Transaktionen (Börsenabgabe) wieder zu aufzugreifen;
9. fordert eine sorgfältige Prüfung der wesentlichen Grundsätze, an denen die Einführung internationaler Abgaben ausgerichtet sein sollte, vor allem deren Bereitstellung zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter, sowie die Aufteilung der Verantwortung zwischen den Vereinten Nationen, den nationalen Regierungen und den Organisationen der Zivilgesellschaft;
10. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, den Staats- und Regierungschefs der Union, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem UN-Sonderbeauftragten für die Millenniums-Entwicklungsziele und dem Sekretariat der OECD zu übermitteln.